



## AMBASSADE DE SUISSE

Politique, Berne  
Pol.Brief No 42

London, den 11. Dezember 1968

CB/jg

Herrn Botschafter Pierre MICHELI  
Generalsekretär des Eidgenössischen  
Politischen Departements

B e r n

- Unruhiges Nordirland

|                    |               |  |  |  |  |  |  |     |
|--------------------|---------------|--|--|--|--|--|--|-----|
| cn                 |               |  |  |  |  |  |  | c/a |
| Datum              |               |  |  |  |  |  |  |     |
| Vize               |               |  |  |  |  |  |  |     |
| EPD                | 16. DEZ. 1968 |  |  |  |  |  |  |     |
| Ref. p. A. 21. 31. | <i>London</i> |  |  |  |  |  |  |     |

Herr Botschafter,

Zum ersten Mal seit dem 5./6. Oktober haben am vergangenen Wochenende in Ulster keine öffentlichen Demonstrationen stattgefunden, womit günstige Voraussetzungen für die Fernseh-Ansprache des nordirischen Premiers Captain Terence O'Neill am Montagabend gegeben waren. In seiner Rede bekundete O'Neill den Willen, durch liberale Massnahmen den innern Frieden sicherzustellen.

Strassenkrawalle zwischen Extremisten der beiden Konfessionsgruppen sind in der Provinz nichts Ungewöhnliches, aber mit der gegenwärtigen "Bürgerrechtsaktion" ist dem öffentlichen Leben Nordirlands ein zusätzliches politisches Element beigefügt worden. Die formelle Frage, um die es hier geht, ist das Stimmrecht in den Gemeindewahlen. Für die Wahlen in das Londoner-Parlament und in das nordirische Parlament besteht allgemeines Stimmrecht; hingegen bei den Gemeindewahlen sind nur "Haushälter", d.h. Personen, die der Gemeindesteuer auf Wohnbauten unterstehen, stimmberechtigt.



- 2 -

Ausgeschlossen sind somit im Haushalt lebende erwachsene Söhne und Töchter, sowie Pensionäre, was zur Folge hat, dass fast ein Drittel der Stimmbürger sich nicht an den Gemeindewahlen beteiligen kann. Die nicht stimmberechtigte Gruppe deckt sich weitgehend mit dem ärmeren und katholischen Bevölkerungsteil.

Anlass zu den Unruhen der letzten Wochen haben Demonstrationsmärsche gegeben, die von einem "Civil Rights Committee" organisiert wurden, dessen Präsidentin eine kommunistisch orientierte Gewerkschaftsführerin namens Betty Sinclair ist. In Londonderry besteht ein "Derry Citizens Action Committee", das mit dem "Civil Rights Committee" nicht identisch ist, aber dessen Unterstützung genießt und eher der Nationalen Partei - den Befürwortern des Anschlusses an die Irische Republik - nahe steht. Unter den Führern der Bewegung findet man keine bekannten Namen, abgesehen vielleicht von Gerry Fitt, der als republikanischer Labour-Abgeordneter den Wahlkreis Belfast West im Westminster vertritt. Auf der andern Seite findet man, wie auch schon in frühern Jahren, den streitbaren Pfarrer Ian Paisley, der auf seine Loyalität zur Krone und Grossbritannien pochend, in jeder Aenderung der bestehenden Verhältnisse die Gefahr des Unterganges von Britisch-Nordirland sieht.

Die Situation ist von der nordirischen Regierung zum Anlass genommen worden, ein Reform-Programm zu beschliessen, das, wie es in der Präambel heisst, das Ziel hat, " der öffentlichen Meinung in Nordirland und anderswo unsere Entschlossenheit zu zeigen, dass nicht

nur gerecht gehandelt werden soll, sondern auch dass das Notwendige getan wird, um diese Gerechtigkeit sichtbar erscheinen zu lassen."

Der Regierungsbeschluss umfasst 5 Punkte :

1. Zuteilung von Wohnungen durch die Behörden.

Obschon die Art und Weise der Wohnungszuteilung auch bisher nur in wenigen Fällen zu Beanstandungen geführt hat, werden jetzt neue Weisungen an die lokalen Behörden gehen, wonach Wohnungen nach einem objektiven und leicht verständlichen Punkte-System zu vergeben sind.

2. Untersuchung der Beschwerden der Bürgerschaft.

Die Regierung wird prüfen, wie solche Beschwerden in objektiver Art untersucht werden können. Es ist ein Gesetzesentwurf für die Einführung des Amtes eines parlamentarischen "Ombudsman" vorgesehen.

3. Durchführung des Entwicklungsplanes für das Gebiet von Londonderry.

Die Regierung wird Schritte unternehmen, um die konkrete Durchführung dieses Aufbauplanes durchzusetzen, der die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse dieser Stadt völlig verändern wird. Vorgesehen sind 10'000 neue Wohnungen und 12'000 zusätzliche Arbeitsplätze.

4. Stimmrecht in den Gemeindewahlen.

Eine Strukturreform der lokalen Verwaltung soll bis 1971 durchgeführt werden. In diesem Zusammenhang soll auch eine Ueberprüfung der Stimmberechtigung stattfinden. Das Firmen-Stimmrecht (grundsteuerpflichtige Geschäftsfirmen können durch ihre Vertreter bis zu sechs Stimmen abgeben) ist baldmöglichst abzuschaffen.

## 5. Sondervollmachten.

Die nordirische Regierung kann sich zur Bekämpfung innerer Wirren auf ein Gesetz berufen, das die Inhaftsetzung von nur Verdächtigen gestattet. Dieses Gesetz verletzt die internationalen Verpflichtungen des Vereinigten Königreiches. Es soll grundsätzlich nicht mehr angewendet werden. Tritt aber der Fall ein, wo sich die Anwendung der Vollmachten als absolut notwendig erweist, würde dies nur im Einvernehmen mit der britischen Regierung geschehen.

Die Mässigung der Regierung, besonders des Premiers, hat vorerst den Widerstand der beiden extremen Lager hervorgerufen. Ein Regierungsmitglied, Innenminister Craig, hat das Programm, vor allem den "Ombudsman"-Gedanken, öffentlich kritisiert, ohne dass es bis jetzt möglich gewesen wäre, ihn zur Demission aufzufordern, da er die Unterstützung des rechten Flügels der Unionspartei geniesst.

In seiner Fernsehansprache forderte Captain O'Neill das nordirische Volk zur Vernunft auf und verurteilte jede Form von Extremismus. Er appellierte an die Bürgerrechtler, ihre Demonstrationen einzustellen und warnte die Loyalisten davor, dass die britische Regierung die Provinz unter direkte Verwaltung stellen könnte, falls der Widerstand gegen notwendige und vernünftige Reformen nicht aufhöre. Von den Paisley-Anhängern sagte er : "These people are not merely extremists. They are lunatics who would set a course along a road which could only lead at the end into an all-Ireland Republic. They are not loyalists, but disloyalists: disloyal to Britain, disloyal to the Constitution, disloyal to the

Crown, disloyal - if they are in public life - to the solemn oaths they have sworn to her Majesty the Queen." Die nordirische Regierung müsæ den Gemässigten auf beiden Seiten sagen können : "Kommt mit uns in eine neue Zeit der Zusammenarbeit und überlasst die Extremisten dem Gesetz."

Captain O'Neill's Haltung ist in London auf ein günstiges Echo gestossen. Jedermann ist sich darüber einig, dass Nordirland die Chance haben soll, sein Haus selbst auf fortschrittlicher Grundlage in Ordnung zu bringen. Das Reformprogramm, das das allgemeine Stimmrecht in Lokalwahlen noch nicht zusichert, mag ausserhalb Ulsters als zu zaghaft erscheinen, aber es ist ernst gemeint, zweckmässig und anerkennt die nun einmal bestehenden politischen Realitäten.

Der Premier liess seine Landsleute nicht vergessen, dass ein Drittel des 300 Millionen Pfund-Budgets der Provinz aus London beigesteuert wird. Der Leitartikel des "Daily Telegraph" bemerkt dazu : "Capt. O'Neill is not to be blamed for weighing the advantages of the Welfare State against the luxuries of sectarian conflict. The Irish are a nation who could benefit from paying more attention to their interests and less to their inherited convictions."

Sofern dies jetzt schon beurteilt werden kann, scheint der Premier mit seinem persönlichen Auftreten jedenfalls einen momentanen Erfolg errungen zu haben. Von seiner eigenen Partei wird ihm in zunehmendem Masse Unterstützung zugesichert und auch die Demonstranten haben seinen Appell ernst genommen : das "Derry Citizens Action Committee"

- 6 -

hat beschlossen, einen Monat lang keine Märsche abzuhalten und es ist wahrscheinlich, dass andere Organisationen diesem Beispiel folgen werden.-

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER :



P.S. 12.12.1968

Nun hat Captain O'Neill seinen unbotmässigen Innenminister Craig doch noch entlassen. Craig bestritt gestern in einer Rede die Befugnisse der britischen Regierung, in die innern Angelegenheiten Nordirlands einzugreifen und scheint auf eine einseitige Unabhängigkeitserklärung hinzutendieren. Die Handlung des Premierministers ist mutig und entschlossen; was noch abzusehen bleibt ist, ob es ihm gelingen wird, seine nun zerrissene eigene Unionspartei hinter sich zu bringen.

